



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Kreis Unna

SPD Kreis Unna, Untere Husemannstraße 38, 59425 Unna

An die Delegierten, beratenden Teilnehmer/innen
und Gäste zum 27. ordentlichen
Unterbezirksparteitag

Robin Baranski
Unterbezirksgeschäftsführer
SPD Kreis Unna

Fon: 02303 25314-20
Fax: 02303 25314-99
Robin.Baranski@spd.de

Unna, 29. August 2018

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hiermit laden wir Euch recht herzlich ein zu unserem

27. ordentlichen Unterbezirksparteitag
am Samstag, den 15. September, ab 10.30 Uhr
in das Kolpinghaus Werne, Alte Münsterstraße 12, 59368 Werne.

Als Anlage sind beigefügt:

- Tagesordnung
- Geschäftsordnung
- Delegiertenschlüssel
- Anträge

Die Voten der Antragskommission und die Personalvorschläge werden als Tischvorlage ausgelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek, MdB
Unterbezirksvorsitzender

Robin Baranski
Unterbezirksgeschäftsführer

27. ordentlicher Parteitag des Unterbezirkes Unna

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Totenehrung
3. Wahl des Präsidiums
4. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Bestätigung der Antragskommission
6. Beschlussfassung über die vorgelegte Tages-, Geschäftsordnung, Delegiertenschlüssel und den Antragsschluss für Initiativanträge und Personalvorschläge
7. Grußworte
8. Berichte
 - a. des Unterbezirkvorsitzenden Oliver Kaczmarek, MdB
 - b. des Landrats Michael Makiolla
 - c. der Vorsitzenden der Kreistagsfraktion Brigitte Cziehso
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Beratung und Beschlussfassung über Anträge
11. Nachwahl Bildungsobmann/-frau des Unterbezirkvorstandes
12. Wahl der Delegierten zum
 - a. Bundesparteitag (6 Delegierte)
 - b. Landesparteitag (18 Delegierte)
 - c. Landesparteirat (3 Mitglieder)
 - d. Regionalkonferenz (18 Delegierte)
 - e. Regionalausschuss (5 Mitglieder)
 - f. Ruhrkonferenz (10 Delegierte)
13. Schlusswort

27. ordentlicher Parteitag des Unterbezirkes Unna

Geschäftsordnung

1. Der Unterbezirksparteitag setzt sich zusammen aus 150 in den Ortsvereinen gewählten Delegierten und einem Delegierten pro Arbeitsgemeinschaft, welche vom Unterbezirksvorstand durch Beschluss anerkannt wurde. Dabei erhält jeder Ortsverein ein Grundmandat. Die Verteilung der weiteren Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den vorausgegangenen vier Quartalen vor Einberufung des Unterbezirksparteitages Mitgliedsbeiträge beim Landesverband abgerechnet worden sind.
2. Der Unterbezirksparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der eingeladenen Delegierten anwesend ist.
3. Die Delegierten des Unterbezirksparteitages wählen eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission, bestehend aus 10 Mitgliedern. Von diesen ist eine Anwesenheitsliste zu erstellen, aus der Vorname, Name und Ortsverein hervorgehen müssen.
4. Der Unterbezirksparteitag wählt ein Präsidium, bestehend aus fünf Mitgliedern, dem die Leitung des Parteitages obliegt.
5. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
6. Wahlen erfolgen nach der Unterbezirkssatzung und der Wahlordnung der SPD.
7. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt 5 Minuten.
8. Die Diskussionsredner/innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Sie können keinen Antrag auf Schluss der Debatte stellen. Wortmeldungen müssen beim Präsidium schriftlich eingereicht werden.
9. Der/die Vorsitzende und Berichterstatter/innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort.
10. Anträge, die erst während des Parteitages gestellt werden, können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 20 Delegierten aus mindestens 4 Ortsvereinen unterzeichnet sind und vom Parteitag zur Behandlung zugelassen werden.
11. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller/innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt 3 Minuten. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, wenn je ein/e Redner/in für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

Delegiertenschlüssel 27. ordentlicher Parteitag des Unterbezirkes Unna

Ortsverein	bezahlte Monate	Grundmandat	Verteilung	Delegierte insgesamt
Ortsverein Werne	1493	1	3	4
Ortsverein Bergkamen-Mitte	2513	1	5	6
Ortsverein Bergkamen-Oberaden	2991	1	6	7
Ortsverein Bergkamen-Overberge	660	1	1	2
Ortsverein Bergkamen-Rünthe	1834	1	4	5
Ortsverein Bergkamen-Weddinghofen-Heil	1520	1	3	4
Ortsverein Bönen-Mitte	2363	1	5	6
Ortsverein Bönen-Nordböge	234	1	0	1
Ortsverein Bönen-Bramey	524	1	1	2
Ortsverein Fröndenberg	1119	1	2	3
Ortsverein Fröndenberg-West	695	1	1	2
Ortsverein Fröndenberg/Ruhr-Nord/Ost	780	1	2	3
Ortsverein Kamen	2619	1	5	6
Ortsverein Kamen-Heeren	1787	1	4	5
Ortsverein Kamen-Methler	2367	1	5	6
Ortsverein Kamen-Südkamen	1105	1	2	3
Ortsverein Altlünen	1827	1	4	5
Ortsverein Lünen Beckinghausen	463	1	1	2
Ortsverein Lünen-Brambauer	1700	1	3	4
Ortsverein Lünen-Gahmen	324	1	1	2
Ortsverein Lünen-Horstmar	656	1	1	2
Ortsverein Lünen-Niederaden	689	1	1	2
Ortsverein Lünen Nord	1314	1	3	4
Ortsverein Lünen Stadt	1247	1	2	3
Ortsverein Lünen Süd	1010	1	2	3
Ortsverein Lünen-Oberbecker	642	1	1	2
Ortsverein Lünen-Osterfeld	895	1	2	3
Ortsverein Schwerte-Holzen	351	1	1	2
Ortsverein Schwerte-Westhofen	793	1	2	3
Ortsverein Schwerte-Mitte	903	1	2	3
Ortsverein Schwerte-Nord	708	1	1	2
Ortsverein Östliches Schwerte	1249	1	2	3
Ortsverein Schwerte-Süd	808	1	2	3
Ortsverein Selm-Bork	657	1	1	2
Ortsverein Selm	1616	1	3	4
Ortsverein Selm-Cappenberg	138	1	0	1
Ortsverein Unna-Afferde	392	1	1	2
Ortsverein Unna-Billmerich	480	1	1	2
Ortsverein Unna-Hemmerde	341	1	1	2
Ortsverein Unna-Königsborn/Alteheide	1442	1	3	4
Ortsverein Unna-Lünern-Stockum	480	1	1	2
Ortsverein Unna-Massen	1437	1	3	4
Ortsverein Unna-Mühlhausen-Uelzen	543	1	1	2
Ortsverein Unna-Oberstadt	2803	1	6	7
Ortsverein Holzwickede	2278	1	4	5
Arbeitsgemeinschaft				
Arbeitsgemeinschaft AfA				1
Arbeitsgemeinschaft AsF				1
Arbeitsgemeinschaft Jusos				1
Arbeitsgemeinschaft 60 plus				1

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Unna

27. ordentlicher
Unterbezirksparteitag
am 15. September 2018

Anträge

1 Antrag A 1

2

3 **Teilhabe am Arbeitsmarkt**

4

5 Antragsteller: Stadtverband Fröndenberg

6

7 Der SPD Stadtverband Fröndenberg fordert den UB-Parteitag auf, folgenden Antrag für den
8 nächsten Landesparteitag zu beschließen und ihn vorab als Willensbekundung an die Partei- und
9 Fraktionsspitze in Düsseldorf zu senden.

10

11 „Der SPD Unterbezirk Unna fordert die Parteispitze und die Landtagsfraktion der SPD auf, den im
12 Koalitionsvertrag ausgehandelten Kompromiss zur „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ im Landtag
13 durchzusetzen deren Finanzierung einzufordern und ggf. aufzustocken.“

14

15 **Begründung**

16 „Die Teilhabe am Arbeitsmarkt erfolgt dabei sowohl auf dem ersten Arbeitsmarkt als auch auf dem
17 sozialen Arbeitsmarkt z.B. durch Lohnkostenzuschüsse. Das schließt Arbeitgeber der freien
18 Wirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen und Kommunen ein. Bei den sozialversicherungspflichtig
19 bezuschussten Arbeitsverhältnissen im sozialen Arbeitsmarkt orientiert sich der Zuschuss am
20 Mindestlohn. Dazu schafft die Bundesregierung ein neues unbürokratisches Regelinstrument im
21 SGB II „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“. Es stellt eine Beteiligung von bis zu 150.000
22 Menschen vor. Die Finanzierung erfolgt über den Eingliederungstitel, der hierfür um vier Milliarden
23 Euro im Zeitraum 2018 bis 2021 aufgestockt wird. Es ermöglicht außerdem den Passiv-Aktiv-
24 Transfer in den Ländern. Der Bund stellt dazu die eingesparten Passiv-Leistungen zusätzlich für die
25 Finanzierung der Maßnahmen zur Verfügung.“

26

27 Für Nordrhein-Westfalen wurden im Februar 2018 rund 290.000 Langzeitarbeitslose ausgewiesen.
28 Hier sollte man auf bestimmte statistische Besonderheiten hinweisen, die dazu führen, dass diese
29 Zahl das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit eher unterzeichnet. Dazu ein konkretes Beispiel: Für
30 den Februar 2018 kann man der Unterbeschäftigungsstatistik der BA für NRW entnehmen, dass
31 45.088 Personen unter die „Sonderregelungen für Ältere“ nach § 53a Abs. 2 SGB II fallen – was
32 konkret bedeutet, dass sie nicht in der Zahl der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosen auftauchen,
33 obgleich sie natürlich arbeitslos sind.

34

35 Der Anteil der offiziell ausgewiesenen Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lag im Februar
36 2018 bei 41,1 Prozent – und damit deutlich höher als der bundesdeutsche Wert von 33,7 Prozent.
37 Vor diesem Hintergrund einer offensichtlich besonderen Belastung des Landes Nordrhein-Westfalen
38 durch das Problem einer sich auch angesichts der zurückliegenden guten Jahre auf dem allgemeinen
39 Arbeitsmarkt weiter verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit erscheinen alle Initiativen, sich um
40 diese Personengruppe zu kümmern, grundsätzlich begrüßenswert.

41

42 „Das langfristige Ziel muss die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt
43 sein, damit diese Teilhabe erfahren können. Qualifizierung sowie eine intensive und passgenaue
44 Unterstützung in den Jobcentern müssen dafür genutzt werden. Das verstärkte Engagement
45 der Unternehmen bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen kann einen wichtigen Beitrag
46 leisten. Aber die Erfahrung lehrt auch, dass die bestehenden Instrumente der aktiven
47 Arbeitsmarktpolitik nicht für alle langzeitarbeitslosen Menschen ausreichen. Ein Teil ist derzeit faktisch
48 vom

49 Arbeitsmarkt abgekoppelt und braucht einen anderen Ansatz, um Teilhabe durch echte Erwerbsarbeit
50 zu erreichen. „Für einen Teil der langzeitarbeitslosen Menschen gibt es auf Grund vielschichtiger
51 Problemlagen (geringe Qualifikationen, Entwöhnung von Arbeit, physische und psychische
52 gesundheitliche Probleme) keine absehbare Perspektive auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt.
53 Auch sie haben ein Recht auf Teilhabe durch Arbeit und können durch eine freiwillige Teilnahme an

54 einer sinnvollen Tätigkeit, mit der sie ihren eigenen Lebensunterhalt sichern können, Kompetenzen
55 und Selbstbewusstsein aufbauen und langfristig möglicherweise in reguläre Beschäftigung
56 wechseln.

57
58 Legt man die zusätzliche Fördersumme von 1 Mrd. EUR auf die 150.000 Förderfälle um, so geht es um
59 einen Monatsbetrag von rund 556 EUR pro Person. Dies gilt dann, wenn die Summe
60 komplett den Langzeitarbeitslosen direkt zu Gute kommt. Werden davon noch Kosten für die
61 Administration, Coaches, Maßnahmeträger usw. abgezogen, dann ist es entsprechend weniger.
62 Für einen ganzheitlichen Ansatz mit Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration von
63 Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt ist mehr Geld nötig.“

64
65 Nordrhein-Westfalen hat alles in allem über 335000 Langzeitarbeitslose, von denen nach einem
66 Verteilerschlüssel nur ein geringer Teil in den Genuss eines Bundeszuschusses von 556 EUR
67 kommen könnten.

68 Die NRW Landesregierung weigert sich bis dato ihren Anteil dazu beizutragen oder gar diese Mittel
69 aufzustocken. Diese Politik geht an den Menschen vorbei und verhindert soziale Teilhabe.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

1 Antrag A 2

2

3 **Zukünftige Arbeitswelt gestalten – Bedingungsloses Grundeinkommen diskutieren**

4

5 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos

6

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass der Unterbezirksvorstand in den kommenden
8 Monaten eine Diskussionsveranstaltung zum „Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)“ organisiert.
9 Auf der Veranstaltung sollen sowohl die Chancen als auch die Risiken des BGE erörtert und diskutiert
10 werden. Dementsprechend sollen daher Befürworter und Gegner des Konzepts zu Wort kommen. Ziel
11 der Veranstaltungen soll die Information und anschließende Positionierung der SPD im Kreis Unna sein.

12

13 **Begründung**

14 Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens ist aktuell in aller Munde: In der Schweiz gab es
15 bereits 2016 einen Volksentscheid über die Einführung, in Finnland startete im letzten Jahr ein
16 Modellprojekt und selbst die deutsche Wirtschaft beschäftigt sich mehr und mehr mit der Frage, ob
17 eine Einführung Sinn machen könnte.

18

19 Auch führende Genossinnen und Genossen bringen das BGE oder ähnliche Konzepte in die Diskussion.
20 Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, setzte sich für ein solidarisches
21 Grundeinkommen ein. Diesem liegt anders als beim BGE ein Arbeitsverhältnis zu Grunde. Auch die
22 rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer machte Anfang des Jahres deutlich, dass sich die
23 Debatte um ein Grundeinkommen für die SPD lohnt.

24

25 Angesichts der Digitalisierung und der sich damit rasant verändernden Arbeitswelt ist es an der Zeit
26 Alternativen zum bisherigen System zu diskutieren. Das Konzept des bedingungslosen
27 Grundeinkommens könnte in Zukunft eine interessante Alternative zu unserer bekannten Sozialpolitik
28 sein. Egal wie fern oder nah diese Zukunft ist, die SPD im Kreis Unna sollte sich mit dem Konzept
29 intensiv beschäftigen und mögliche Ergänzungen oder andere Vorschläge in den Entwicklungsprozess
30 mit einbringen.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

1 Antrag A 3

2

3 **Rückkehr zur Vollzeit**

4

5 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft AsF

6

7 Die SPD im Kreis Unna fordert die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf, dass der im
8 Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung vereinbarte gesetzliche Anspruch auf Befristung
9 von Teilzeitarbeit unverzüglich eingeführt wird.

10 Alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger - auch in den Kommunen im Kreis Unna - sollen diese
11 sozialdemokratische Forderung vor Ort kommunizieren und damit befördern.

12

13 Die Möglichkeit befristeter Teilzeit muss auch für Betriebe und Dienststellen mit unter 46
14 Beschäftigten gelten. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Zumutbarkeitsgrenze für
15 Arbeitgeber*innen ist so zu verändern, dass die befristete Teilzeit nicht nur einem sehr geringen Anteil
16 der Belegschaft offensteht.

17

18 Im Koalitionsvertrag ist lediglich die Möglichkeit zur Befristung von Teilzeit vorgesehen, bevor die
19 Teilzeit aufgenommen wird. Dieses bedeutet, dass für alle Beschäftigten, die bereits in Teilzeit sind,
20 wenn sie eine Rückkehr zur Vollzeit möchten, vom Wohlwollen des Arbeitgebers / der Arbeitgeberin
21 abhängig sind.

22

23 Für Arbeitnehmer*innen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes z. B. aus betrieblichen Gründen eine
24 unbefristete Teilzeitbeschäftigung angenommen haben, ist ein Rückkehrrecht auf Vollzeit gesetzlich
25 zu verankern. Ein vorübergehendes Absenken von Arbeitszeiten darf nicht dazu führen, dass
26 Arbeitnehmer*innen auf Dauer in der Teilzeitfalle gefangen bleiben.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

1 Antrag A 4

2

3 **Equal Pay nach isländischem Vorbild**

4

5 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft AsF

6

7 Nach wie vor besteht in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Bereichen eine Lücke zwischen der
8 Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit. Alle bisherigen Versuche, diese Ungleichheit
9 zu beseitigen, führten nicht oder nur sehr zögerlich zu Ergebnissen.

10

11 In Island ist seit dem 01.01.2018 ein Gesetz in Kraft, das Firmen mit mehr als 25 Beschäftigten
12 auferlegt, die gleiche Bezahlung zu beweisen. Erfüllen die Firmen diese Forderung, erhalten sie ein
13 Zertifikat.

14

15 Nach isländischem Vorbild fordert der Parteitag alle sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und
16 Mandatsträger aus dem Kreis Unna auf, sich für eine verbindliche gesetzliche Regelung in Deutschland
17 einzusetzen, um sicherzustellen, dass alle Firmen und Arbeitgeber*innen gleiche Löhne bei gleicher
18 und gleichwertiger Arbeit für Frauen und für Männer zahlen.

19

20 Hierfür ist ein Zertifizierungssystem über das isländische Vorbild hinaus auszuarbeiten, welches zur
21 Lohngleichheit auch Sachbezüge, wie z.B. Firmenfahrzeug, Tankgutscheine und Firmenparkplatz oder
22 weitere Einkommensbestandteile wie z.B. Partizipation einer Gruppenunfall- oder
23 Gruppenkrankenversicherung berücksichtigt und die Pflicht, sich diesem System anzuschließen, sowie
24 die Beweispflicht, dass tatsächlich gleiche Löhne gezahlt werden, liegt bei den Betrieben.

25

26 Auch analog zur Verfahrensweise in Island, soll die Zertifizierung in einem regelmäßigen Turnus
27 erneuert werden.

28 Für den Beitritt zum Zertifizierungssystem ist ein straffer Zeitplan vorzugeben, mit relativ engeren
29 Fristen für große Betriebe und öffentliche Arbeitgeber. Die maximale Frist – dann für die kleinsten
30 Betriebe – darf nicht mehr als vier Jahre betragen. Arbeitgeber*innen, welche die Zertifizierung
31 verweigern oder versäumen, sind mit fühlbaren, auf täglicher Basis zu erhebenden Bußgeldern zu
32 belegen.

33 Die Vergabe öffentlicher Mittel und öffentlicher Aufträge einschließlich Fördermittel darf nur an
34 solchermaßen zertifizierte Betriebe erfolgen.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

1 Antrag A 5

2

3 **Mobilität von Auszubildenden erhöhen**

4

5 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft AfA

6

7 Der Unterbezirksparteitag fordert den SPD Unterbezirksvorstand und die SPD-Kreistagsfraktion auf,
8 durch geeignete Maßnahmen die Mobilität der Auszubildenden im Kreisgebiet zu erhöhen.

9

10 Zur Verbesserung der Mobilität der Auszubildenden soll der Kreis Unna die Einführung eines
11 kostenfreien Azubi-Ticket beschließen.

12 Der Kreis Unna soll ein Informationsangebot bereitstellen, dass es Auszubildenden erleichtert,
13 Mitfahrgelegenheiten zur Berufsschule sowie zur Ausbildungsstätte zu organisieren. Das kann ein
14 Internet-Anwendung oder eine Azubi-Mitfahr-App sein.

15

16 Ziele sind zum einen, bestehende Mobilitätshemmnisse im Kreisgebiet sowie bei den Wegen in
17 angrenzende Kommunen weitestmöglich abzubauen.

18 Zum anderen soll die Chancengleichheit für Auszubildende hergestellt werden, indem Fahrtdauer zur
19 Ausbildungsort sowie Fahrtkosten reduziert werden.

20 Dazu soll die VKU ebenfalls die Verbindungen auf wichtigen Strecken verbessern.

21

22 **Begründung**

23 Die Ausbildungsstatistiken zeigen, dass unversorgte Auszubildende aus dem Kreisgebiet
24 Ausbildungsplätze in benachbarte Städte, vor allem in das Oberzentrum Dortmund abwandern.

25 Damit verliert der Kreis Unna Auszubildende die in der Folge den sich abzeichnenden
26 Fachkräftemangel verstärken.

27 Ausbildungsbetriebe im Kreisgebiet haben es durch das Azubi-Ticket oder eine Azubi- Mitfahr-App
28 leichter, Auszubildende, die nicht im unmittelbaren Einzugsgebiet wohnen zu gewinnen.

29

30 Die Versorgungsquote von 0,63 Berufsausbildungsstellen je Bewerber und von 1,14 unbesetzten
31 Berufsausbildungsstellen je Bewerber im Kreis Unna¹ zeigt, dass es für Auszubildende schwierig ist,
32 Ausbildungsbetriebe im Kreis Unna zu finden. Neben anderen Hemmnissen ist ein zunehmend
33 bedeutsamerer Einflussfaktor die Mobilität der Auszubildenden.

34 Auszubildende stehen im zunehmenden Wettbewerb um freie Ausbildungsplätze. Die
35 Ausbildungsbetriebe im Kreisgebiet konkurrieren verstärkt mit auswärtigen Betrieben um
36 Auszubildende.

37 In diesem Bereich kann der Kreis durch die Einführung eines Azubi-Tickets sowie durch ein
38 zielgerichtetes Informationsangebot (Azubi-Mitfahr-App/ Azubi-Mitfahr-Plattform) einen zusätzlichen
39 Beitrag zur Verbesserung der Bedingungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt im Kreis Unna leisten.

40 Gleichzeitig können Auszubildende, die außerhalb des Kreisgebietes Ausbildungsstellen finden,
41 schneller und kostengünstiger zu Ihren Ausbildungsbetrieben gelangen.

42

¹ Bundesagentur für Arbeit, Statistik: der Ausbildungsstellenmarkt im September 2017, Kreis Unna, S. 4

- 43 Vor allem für junge Menschen aus sozial schwächeren Schichten kann Chancengleichheit hergestellt
44 werden, wenn die langen Wege zum Ausbildungsplatz verkürzt werden und wenn die Kosten begrenzt
45 werden.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

Anlage

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Anzahl	%
im Kreis wohnende sv-pflichtige Beschäftigte	142.874	
Auspendler	72.333	50,6%
Einpendler	55.019	43,8%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	125.560	

Auspendler von Unna

Ort	Anzahl
Dortmund, Stadt	27.724
Hamm, Stadt	5.432
Märkischer Kreis	4.944
Coesfeld	3.197
Hagen, Stadt der FernUniversi.	2.922
Recklinghausen	2.604
Münster, Stadt	2.373
Soest	2.363
Bochum, Stadt	1.826
Ennepe-Ruhr-Kreis	1.729

Einpendler nach Unna

Ort	Anzahl
Dortmund, Stadt	15.134
Hamm, Stadt	6.346
Märkischer Kreis	4.233
Recklinghausen	3.341
Coesfeld	2.723
Soest	2.660
Hagen, Stadt der FernUniversi.	1.355
Ennepe-Ruhr-Kreis	1.292
Bochum, Stadt	1.020
Warendorf	998

Quelle: www.statistik.arbeitsagentur.de/ Pendleratlas

1 Antrag A 6

2

3 **Ausbildungsförderung stärken**

4

5 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft AfA

6

7 Der Unterbezirksparteitag fordert den SPD Unterbezirk und die SPD-Kreistagsfraktion auf, die
8 Initiativen zur Verbesserung der Ausbildungssituation im Kreisgebiet zu verstärken und ggf. die
9 Initiativen anderer Akteure zu unterstützen.

10 Die Delegierten des Parteitages fordern die SPD Stadtverbände auf, sich dieser Initiative
11 anzuschließen.

12 Ziel ist es, die Jugendarbeitslosigkeit im Kreis Unna schnell und nachhaltig zu senken.

13

14 Der Parteitag ruft Arbeitsagentur, Jobcenter, Schulen, IHK und HWK sowie den Kreis Unna auf, ihre
15 Beratungsangebote für Betriebe und Auszubildende auszuweiten.

16 Regelmäßige Presseinformationen dienen dazu, die Öffentlichkeit über die Situation am
17 Ausbildungsstellenmarkt sowie über den zunehmenden Fachkräftemangel aufzuklären.

18

19 Der Parteitag fordert den Kreis Unna und die Gemeinden auf, gemeinsam mit IHK und HWK
20 Informationsangebote zur Ausbildung wie Nacht der Ausbildung, Ausbildungs-Speed-Dating und
21 Berufsinformationstage durchzuführen. Die Betriebe werden aufgefordert, Auszubildenden ihre
22 Geschäftsaktivitäten und die angebotenen Ausbildungsberufe vorzustellen.

23

24 Begrüßenswert sind die bereits im Kreisgebiet intensivierten Bemühungen zur
25 rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit (SGB II/SGB III/SGB VIII), um gerade für benachteiligte
26 Jugendliche frühzeitiger und in gemeinsamer Verantwortung die Chancen für einen Zugang zur
27 Ausbildung und beruflicher Perspektive zu erhöhen.

28

29 Ein Zusammenwirken im schulischen Kontext scheidet leider noch zu oft an unklaren Zuständigkeiten,
30 welche insbesondere durch nicht auskömmliche finanzielle Ausstattung der entwickelten
31 Maßnahmen, sowohl im Portfolio der landesseitigen Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ und
32 der landesfinanzierten Schulsozialarbeit, als auch der kommunalen Maßnahmen der
33 Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe.

34

35 Insgesamt darf das Thema „Ausbildungsförderung“ nicht losgelöst von der kommunalen und
36 kreisweiten Präventionsstrategie betrachtet werden, deren finanzielle Ausstattung völlig
37 unzureichend in die Planung der kommunalen Haushalte eingeflossen ist. Hier gilt es dringend
38 entsprechende Positionen zu benennen.

39

40 Der Kreis Unna und seine Gemeinden sollen zudem Ausbildungspatenschaften zwischen Betrieben und
41 Schulen fördern. Durch direkte Kontaktaufnahme von Schulen mit Betrieben soll der Einstieg in die
42 Duale Ausbildung gestärkt werden. Auf diesem Weg können Lehrer den Schülern bei der Berufswahl
43 bessere Hilfestellungen bieten. Betriebe erhalten Gelegenheit, Kontakt zu Bewerbern aufzunehmen,
44 ihnen die Betriebe sowie die Ausbildungsgänge vorzustellen.

45

46 Seitens des Kreises Unna fungiert die WFG mit ihrer Beratung und Unterstützung der ansässigen oder
47 zukünftig angesiedelten Unternehmen und Betriebe als kompetentes Bindeglied. Hierbei werden
48 gemeinsam mit den Betrieben qualitativ hochwertige Ausbildungsmöglichkeiten erfolgreich
49 weiterentwickelt. Dieser Auftrag der WFG sollte stärker in den Fokus genommen werden und ggf.
50 personell ausgeweitet werden.

51 Der Parteitag fordert den Kreis Unna und seine Gemeinden auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die
52 Gründung überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen zu unterstützen. Betrieben, die ausbilden
53 möchten, aber nicht über die notwendigen Möglichkeiten (Werkstattplätze, Räumlichkeiten,

54 Ausbilder) verfügen, soll die Einstellung von Auszubildenden und deren Ausbildung durch
55 Kooperationen ermöglicht werden.

56
57 Die kommunal sehr unterschiedlichen Versorgungsquoten (Ausbildungsplätze/Bewerber), aber
58 kreisweit vergleichbaren Einmündungsquoten (nur knapp jeder zweite Bewerber erhält im
59 Bewerbungsjahr einen Ausbildungsplatz) verdeutlichen einen regionalen Ausgleichseffekt um die
60 begrenzte „Ware“ Ausbildung. Daher sind die Bestrebungen zur Ausbildungsförderung unbedingt in
61 einer interkommunalen Handlungsstrategie zu verankern.

62
63 **Begründung**
64 Das Ausbildungsjahr 2017/2018 ist gekennzeichnet durch 3.163 Bewerber, denen in Betrieben und
65 Verwaltungen nur 1.977 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

66 Nur ca. 25 Prozent der Betriebe im Kreis Unna bilden heute noch selbst aus.

67 Es stehen nur für 59% der Bewerber Ausbildungsplätze zur Verfügung.

68
69 Folglich ist das oftmals bemühte „Matching“-Problem nur sekundärer Handlungsansatz. Das primäre
70 Problem ist der Mangel an Ausbildungsplätzen. Eine Reduzierung der Handlungsoptionen auf die
71 individuellen Fähigkeiten des einzelnen Bewerbers greift zu kurz und verschleiert die strukturellen
72 Defizite.

73
74 Eine bessere Situation am Ausbildungsstellenmarkt ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des
75 Arbeitskräfteangebotes und zum Abbau des Fachkräftemangels.

76 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Akteure am Ausbildungsmarkt ihre Aktivitäten verstärken.
77 Betriebe müssen dazu motiviert werden, mehr Ausbildungsstellen anzubieten. Bewerbermangel in
78 einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen muss ggf. durch stärkere Anreize und verbesserte
79 Zugänge (z.B. Mobilität) entgegengewirkt werden.

80
81

82 **Verstärkte Ausbildungsförderung des Kreises Unna und seiner Kommunen**

83
84
85 Der Kreis Unna und seine Kommunen haben ihre Aktivitäten am Ausbildungsstellenmarkt bereits
86 verstärkt:

87

88 • Die Einrichtung von Vorbereitungsklassen verbessert die Vorbereitung lernschwacher Schüler.

89

90 • Spezielle Intensivbetreuer (Job-Coaches) des JobCenter Kreis Unna fördern den Zugang zur
91 Ausbildung für schwer vermittelbare Jugendliche. Die Job-Coaches sorgen für eine besonders
92 intensive Begleitung und für eine weitergehende Unterstützung der Jugendlichen bei der
93 Suche nach Ausbildungsplätzen und in der Ausbildung.

94

95 • Der Landrat informiert die Öffentlichkeit regelmäßig über den Ausbildungsstellenmarkt.

96

97 • Kreisweit fortgeschrittene Etablierung von Jugendberufsagenturen und
98 rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit.

99

100 • Einbindung des „Meilensteins“ Übergangs Schule-Beruf in die kreisweiten und die
101 kommunalen Präventionsketten.

- 102 • Freiwillige kommunale Förderungen der Jugendberufshilfe (bspl. Werkstatt im Kreis Unna)

beschlossen	<input type="radio"/>
abgelehnt	<input type="radio"/>
Weiterleitung an	_____
Überweisung an	_____

1 Antrag A 7

2

3 **Produktionsschule weiterführen**

4

5 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft AfA

6

7 Der SPD Unterbezirksparteitag fordert die CDU-geführte Landesregierung in NRW auf, weiterhin
8 Produktionsschulen zu finanzieren.

9 Der CDU-Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen lässt das erfolgreiche Programm der
10 Produktionsschule auslaufen. Die Produktionsschule soll durch ein Werkstattjahr ersetzt werden.

11

12 **Begründung**

13 Das CDU-geführte Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (MAGS)
14 beabsichtigt, die erfolgreiche Produktionsschule durch ein Werkstattjahr zu ersetzen. Minister
15 Laumann hat das Werkstattjahr bereits 2010 eingeführt. Die SPD Arbeitsminister Guntram Schneider
16 und Rainer Schmeltzer haben darauf aufbauend die Produktionsschule entwickelt.

17

18 Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (MAGS) fördert im Kreis Unna
19 im Schuljahr 2017/2018 Plätze in den Produktionsschulen der Werkstatt Unna mit insgesamt fast 20
20 Mio. €. Durch die geplante Einstellung der Förderung möchte NRW - Arbeitsminister Laumann ca. 5 –
21 6 Mio. € jährlich sparen.

22 Nach Auffassung der SPD ist der Preis dafür sehr hoch:

23 Für junge Menschen zwischen 19 und 25 Jahren steht dann kein geeignetes Förderinstrument zur
24 Integration in den Arbeitsmarkt zur Verfügung.

25

26 Die Einstellung der Finanzierung von „Produktionsschulen“ im Rahmen des NRW-Förderprogramms
27 „Kein Abschluss ohne Anschluß“ hat fatale Konsequenzen für die Eingliederung benachteiligter Junger
28 Menschen in den Arbeitsmarkt.

29 Weil im Werkstattjahr nur Jugendliche bis zum Alter von 19 Jahren gefördert werden. Im Werkstattjahr
30 wird der Personenkreis der 19 – 25-Jährigen nicht mehr gefördert.

31 Im Juli 2018 sind im Kreis Unna 221 Jugendliche im Alter von 15 bis unter 20 Jahren und 1.270 junge
32 Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahre arbeitslos.

33 Nach dem Willen des Landesarbeitsministers sollen durch die Neuregelung zukünftig fast 1.050 junge
34 Menschen nicht mehr gefördert werden.

35

Der Arbeitsmarkt im Kreis Unna (Auszug)

Arbeitslose Junge Menschen	Juli 2018	Juli 2017	Δ 2018 - 2017	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Prozent
15 bis unter 20 Jahre	221	259	-38	-14,7%
15 bis unter 25 Jahre	1.270	1.516	-246	-16,2%
20 bis unter 25 Jahre	1.049	1.257	-208	-16,6%

Der Arbeitsmarkt im Kreis Unna
Monat Juli 2018 (PM 102/2018)

36

37 Wir brauchen die Erfolge der Produktionsschulen auch in Zukunft.

38 Die SPD im Kreis Unna fordert darum die Weiterführung der Produktionsschulen.

39 Anhang

40

41 Die Werkstatt Unna gGmbH betreibt im Kreis Unna Produktionsschulen in Kamen, Lünen und Unna.
42 In den Produktionsschulen werden Junge Menschen mit schulischen Schwächen durch die praktische
43 Ausbildung in Bereichen Metall, Holz, Garten- und Landschaftsbau, Textil, Hauswirtschaft und als
44 Maler und Maurer an berufliche Tätigkeiten herangeführt. Ziel ist die Integration in den Arbeitsmarkt.
45 Die Produktionsschule ist in 4 Phasen unterteilt:

46

- 47 1. Einschleusung: 4 Wochen, Testphase, Einbindung in den Werkstattbereich, Entscheidung
- 48 2. Entwicklungsphase: 6 – 11 Monate, Kompetenzentwicklung, Erarbeiten einer Lebens- und
49 Berufsperspektive
- 50 3. Ausschleusung: individuell, Bewerbung, Praktikum
- 51 4. Vernetzungsphase: individuell, nachgehende Begleitung nach Wechsel in Arbeit, Ausbildung,
52 Weiterbildung

53

54 Nach der 12- monatigen Produktionsschule werden die jungen Menschen mit einer Erfolgsquote von
55 49 Prozent in Ausbildung, Arbeit oder schulische Weiterbildung entlassen. .

56

57 Die Akteure im Kreis Unna bekämpfen seit Jahren die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen erfolgreich.
58 „Sie bauen Bolzplätze für Flüchtlinge in der Landesstelle Unna-Massen, restaurieren Spielplätze in
59 Selm, Bergkamen oder Schwerte, organisieren das Catering für Lehrerfortbildungen im
60 Integrationszentrum – und entdecken dabei wieder den Sinn von Bildung und Arbeit: Als
61 „zukunftsweisendes und mehrfach ausgezeichnetes Modellprojekt für besonders benachteiligte
62 Jugendliche, die mit anderen Bildungsangeboten keine Perspektive fanden“, lobte jetzt der
63 Landtagsabgeordnete Hartmut Ganzke die Produktionsschulen der Region.“

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

1 Antrag A 8

2

3 **Tarifbindung sicherstellen und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer im öffentlichen**
4 **Dienst sichern**

5

6 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft AfA

7

8 Arbeitnehmer*innen in Unternehmen mit Beteiligungen der öffentlichen Hand sind grundsätzlich nach
9 dem gültigen Tarifvertrag der zuständigen Tarifgemeinschaft zu entlohnen.

10 Die SPD tritt uneingeschränkt für die Tarifbindung und für die Wahrung der Mitbestimmungsrechte
11 von Betriebs- und Personalräten ein. Die SPD fordert, dass Unternehmen mit Beteiligungen der
12 öffentlichen Hand grundsätzlich den jeweils zuständigen Tarifgemeinschaften angehören.

13

14 **Begründung**

15 Für die SPD sind Tarifbindung und Mitbestimmung unverzichtbares Recht für alle Arbeitnehmer*innen.
16 Das gilt ganz besonders für den öffentlichen Bereich. Die SPD im Kreis Unna wendet sich gegen jedes
17 Unterlaufen der Tarifbindung.

18 Für die SPD sind Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung wichtige Bedingungen für eine positive
19 Entwicklung der Unternehmen und für gute Arbeitsbedingungen.

20

21 Wir fordern unbefristete Arbeitsverträge und faire Löhne für die Beschäftigten, die den Beschäftigten
22 und ihren Familien langfristige Lebensperspektiven eröffnen. Sichere Arbeitsplätze, gerechter Lohn
23 und gute Arbeitsbedingungen sind für uns Erfolgsfaktoren für ein gelungenes Tarifmodell.

24

25 Kommunen dürfen ihre Finanznot nicht auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
26 austragen. Wir bekämpfen die Ursachen der Finanznot. Das sind Risiken aus hohen Soziallasten bei
27 unzureichender Finanzierung durch Bundes- und Landesmittel. Hier fordern wir eine bessere
28 Finanzausstattung der Kommunen gestritten werden!

29 Die Risiken aus hohen Soziallasten dürfen nicht länger die Kommunen tragen.

30

31 Die SPD im Kreis Unna unterstützt ausdrücklich den SPD Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen
32 Sebastian Hartmann. Er fordert für die Kommunen Hilfen zur Tilgung der Altschulden.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

1 Antrag A 9

2

3 **Unterrichtung des Unterbezirks Unna durch den Bundesparteivorstand**

4

5 Antragsteller: Ortsverein Altlünen

6

7 Der UB Unna wünscht bis spätestens November 2018 vom Bundesparteivorstand Auskunft darüber,
8 welche Konsequenzen bisher aus den erschreckenden Ergebnissen der Analyse des
9 Bundestagswahlkampfes 2017 gezogen wurden und dabei insbesondere

10

- 11 • wie sich das WBH organisatorisch und personell aufstellt, um zwischen aber vor allen Dingen
- 12 in den Wahlkämpfen schlagkräftiger zu werden,
- 13 • wie die Kommunikation im WBH und in den Bundesgremien sowie zu den Mitgliedern
- 14 optimiert wird,
- 15 • welche Wege beschritten werden, um die Zukunftskompetenz der SPD programmatisch zu
- 16 stärken,
- 17 • wie die SPD auf ein ausdifferenziertes Parteiensystem und eine heterogene Gesellschaft besser
- 18 reagiert,
- 19 • wie die Bindung von Wählergruppen gesteigert wird und
- 20 • wie die SPD ihren Anteil an der Regierungspolitik wirksamer herausstellen will.

21

22 **Begründung**

23 Mit Bestürzung haben die Mitglieder des SPD Ortvereins Altlünen die Wahlanalyse 2017 gelesen und
24 diskutiert. Dass solche katastrophalen Mängel sowohl im personellen als auch im organisatorischen
25 Bereich, aber auch in der Kommunikation über viele Jahre vorherrschten, konnten sie sich nicht
26 vorstellen. Auch strategisch und taktisch lassen sich erhebliche Defizite identifizieren. Selbst ein Laie
27 kann nach der Lektüre allein der ersten Seiten der Analyse nur zu dem vernichtenden Ergebnis
28 gelangen, dass die Chancen für einen erfolgreichen Wahlkampf durch eine Vielzahl von
29 Fehlentscheidungen minimiert wurden. Der Ortsverein Altlünen ist der Auffassung, dass auch beste
30 politische Programme nur mit handwerklich ordentlicher Arbeit umgesetzt werden können und
31 Wahlkämpfe nur durch strategisch klug und exakt ausgeführte und disziplinierte Arbeit zum Erfolg
32 gebracht werden können. Dazu bedarf es Veränderungen im WBH und in der Parteiarbeit (nicht nur)
33 auf Bundesebene. Davon hängt auch ab, wieviel Engagement wir auf Ortsvereinsebene mobilisieren
34 können und wie effektiv dieser Einsatz werden kann. Deshalb verlangen wir Auskunft.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

1 Antrag A 10

2

3 **Die SPD im Kreis Unna wird weiblicher – #machneu konkret**

4

5 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Jusos

6

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass sich der Unterbezirk Unna auf Landes- und
8 Bundesparteitag und in Gremien auf höheren Ebenen für eine 50%-Quote für Frauen im
9 Organisationsstatut (§11 (2)) der SPD einsetzt.

10

11 **Begründung**

12 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht für Solidarität, Gerechtigkeit und ein faires
13 Miteinander. Wir Jusos haben drei Grundwerte definiert, mit denen wir unsere Arbeit beschreiben:
14 sozialistisch, feministisch und internationalistisch. „Feministisch“ bedeutet nicht, Frauen bei jeder
15 Möglichkeit, die sich bietet, den Vortritt zu lassen und Männer zu diskriminieren. Vielmehr geht es uns
16 darum, Frauen und Männer zu fördern.

17

18 Wichtigster Grundsatz dabei kann nur sein, dass jeder Mensch sich gleichermaßen in eine Gesellschaft
19 einbringen kann, eigene Idee formulieren darf und die Möglichkeit hat, gehört zu werden. Auf jeder
20 Ebene der Politik muss es doch das höchste Ziel sein, den Menschen einer Gesellschaft zu dienen. Das
21 kann aber nur gelingen, wenn die politischen Vertreterinnen und Vertreter ein Abbild ihrer
22 Gesellschaft sind.

23

24 Wir möchten dafür sorgen, dass durch eine angemessene Jugend- und Frauenarbeit die Zahl von 50%
25 erreicht wird. Die Entwicklung in der Wirtschaft zeigt allerdings, dass sich gute Vorsätze und
26 Versprechen auf diesem Gebiet nicht durchsetzen. Länder, in denen die Geschlechterquote
27 verpflichtend eingeführt wurde, beweisen, dass Diversität ausschließlich Vorteile bringt.

28

29 Gerne hätten wir bereits zu diesem Parteitag einen Antrag eingebracht, der die paritätische Besetzung
30 des Unterbezirksvorstandes beantragt. Dies scheitert leider an der Bundessatzung unserer Partei.
31 Umso wichtiger ist es für uns, dass sich unsere Mandatsträger*innen und Delegierten für eine
32 Satzungsänderung auf Bundesebene einsetzen.

33

34 Uns ist klar, dass die Quote nur ein kleiner Baustein im Prozess zur Gleichstellung von Frauen und
35 Männern in unserer Partei ist. Dazu braucht es weitreichende Maßnahmen, um Frauen besser in die
36 SPD einzubinden und unsere Partei attraktiver für sie zu machen. Wir starten als Kreis Jusos im Herbst
37 die Reihe „Was Frauen können? Was Frauen wollen!“, um Frauen in unserer Partei und im Kreis Unna
38 zu ermutigen, Verantwortung für die SPD zu übernehmen. Wir planen unter anderem Workshops,
39 Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen zum Thema.

40

41 Gerade bei uns im Unterbezirk sollten wir uns in Zukunft ernsthaft mit dem Thema Frauenförderung
42 auseinandersetzen. Schauen wir uns unsere Abgeordneten in Land und Bund oder unsere
43 Spitzengenossen*innen in den Städten und Gemeinden an, sehen wir, dass wir meilenweit hinter

- 1 unseren eigenen Ansprüchen hinter hinken. Lasst uns das Thema gemeinsam anpacken. Wir hoffen,
- 2 dass unser Antrag den Auftakt für eine Diskussion bilden kann.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____

1 Antrag A 11

2

3 **Kriminalstatistik zur häuslichen Gewalt erheben und ein bedarfsgerechtes Hilfesystem für**
4 **gewaltbetroffene Frauen und Mädchen schaffen**

5

6 Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft AsF

7

8 Die SPD im Kreis Unna fordert, dass in den Ländern im Rahmen der Erhebung der polizeilichen
9 Kriminalstatistik im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bzw. im Bereich der
10 Körperverletzung auch der Bereich der häuslichen Gewalt in die Kriminalstatistik aufgenommen wird
11 und fordert die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Kreis auf, Zahlen
12 und Fakten der Kriminalstatistik zu frauenfeindlichen Straftaten einzuholen und dem SPD-
13 Unterbezirksvorstand vorzulegen.

14

15 Wir begrüßen außerdem die Vereinbarungen der Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD im
16 Koalitionsvertrag zur Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern. Vorgesehen ist
17 u.a. ein Runder Tisch von Bund, Ländern und Kommunen, um von Gewalt betroffenen Frauen und
18 Kindern den gesicherten Zugang zu Schutz und Beratung in Frauenhäusern zu ermöglichen.

19

20 Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die Rechte von
21 Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die Ratifizierung der „Istanbul-
22 Konvention“ (Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen
23 Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als weiteren Schritt fordern wir einen dritten
24 Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 2007).

25

26 Wir brauchen einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer. Wir fordern eine
27 bundesgesetzliche Regelung, die von den Ländern durch Landesrecht ausgestaltet werden kann. Es soll
28 eine Bedarfserhebung durchgeführt werden mit dem Ziel, Instrumente zu entwickeln, um auf
29 regionaler bzw. Länderebene ein bedarfsgerechtes Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen
30 beschreiben und planen zu können. Die Länder sollen in die Projektkonzeption eng einbezogen werden
31 und so die Sicherstellung eines Angebotes für jede Frau garantieren, die von Gewalt bedroht und /
32 oder betroffen ist.

beschlossen

abgelehnt

Weiterleitung an _____

Überweisung an _____